Fact-Sheet Afghanistan: Das Drama in Zahlen

© IMI Oktober 2011

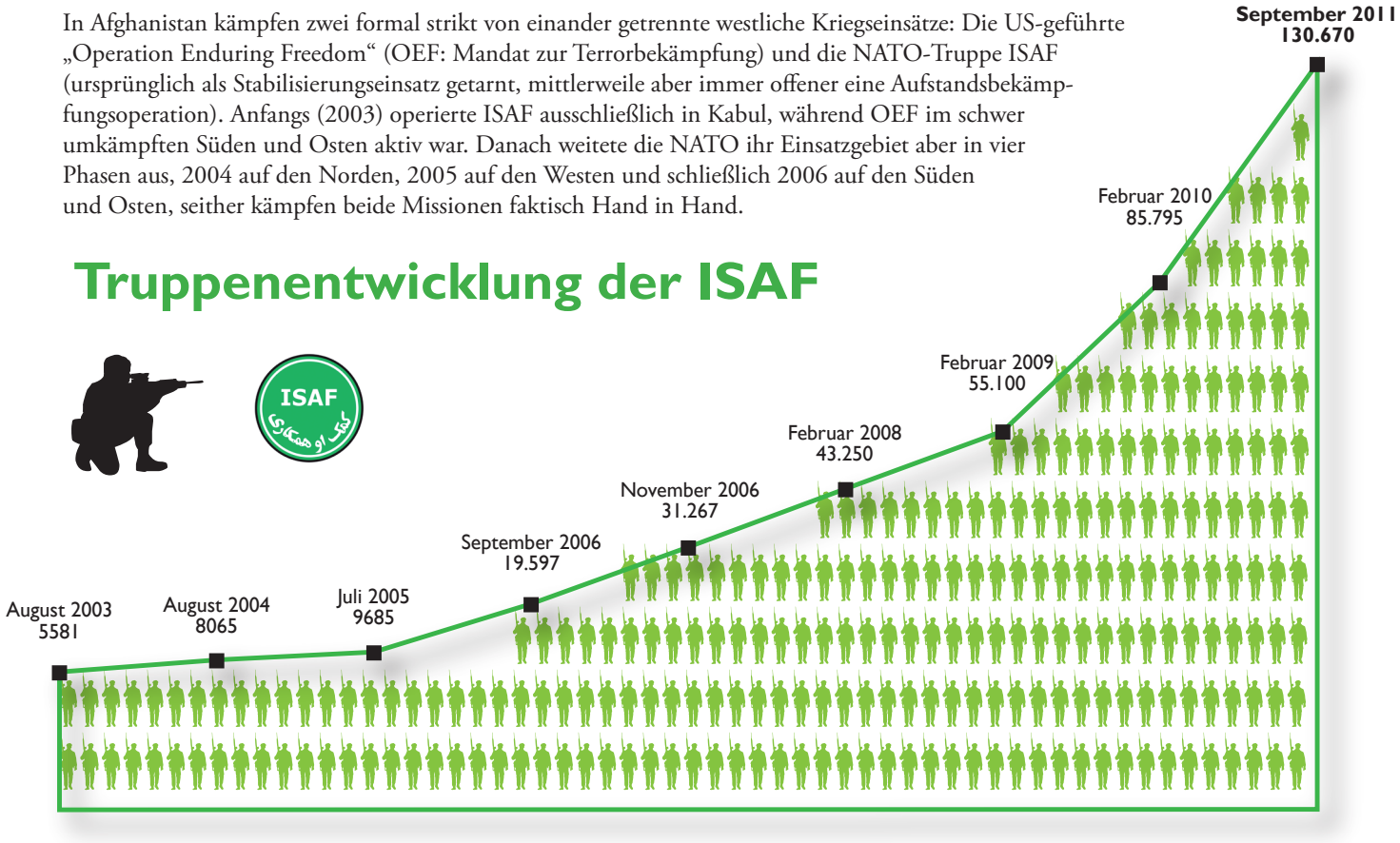
Informationsstelle Militarisierung e.V.

DFG-VK

Truppen in Afghanistan: ISAF und OEF

In Afghanistan kämpfen zwei formal strikt von einander getrennte westliche Kriegseinsätze: Die US-geführte „Operation Enduring Freedom“ (OEF: Mandat zur Terrorbekämpfung) und die NATO-Truppe ISAF (ursprünglich als Stabilisierungseinsatz getarnt, mittlerweile aber immer offener eine Aufstandsbekämpfungsoperation). Anfangs (2003) operierte ISAF ausschließlich in Kabul, während OEF im schwer umkämpften Süden und Osten aktiv war. Danach weitete die NATO ihr Einsatzgebiet aber in vier Phasen aus, 2004 auf den Norden, 2005 auf den Westen und schließlich 2006 auf den Süden und Osten, seither kämpfen beide Missionen faktisch Hand in Hand.

Truppenentwicklung der ISAF



Gesamtgröße der westlichen Truppen:
Ca. 140.000 (ISAF + OEF, Stand: 9.9.2011). Plus private „Sicherheitskräfte“ in Diensten der USA: 18.971 (Stand: März 2011)

Deutsches Truppenkontingent:
2001: 1200; 2003: 2250; 2005: 3000; 2007: 3500; 2008: 4500; 2010: 5350 Gegenwärtig stationiert: 5166 (Stand: 16.9.2011).

US-Truppen (ISAF+OEF):
OEF: ca 10.000 (Stand: Juni 2011)
ISAF: 90.000 (Stand: September 2011).

Truppensteller ISAF

2011: 130.670

Albanien	286	Island	4	Polen	2580
Armenien	126	Italien	3918	Portugal	140
Aserbaidschan	94	Jordanien	0	Rumänien	1948
Australien	1550	Kanada	520	Schweden	500
Belgien	521	Kroatien	317	Singapur	38
Bosnien und Herzegowina	55	Lettland	173	Slowakei	309
Bulgarien	602	Litauen	235	Slowenien	78
Dänemark	750	Luxemburg	10	Spanien	1523
Deutschland	4998	Malaysia	46	Tonga	55
El Salvador	24	Mazedonien	163	Tschechische Republik	622
Estland	159	Mongolei	114	Türkei	1840
Finnland	156	Montenegro	36	Ukraine	23
Frankreich	3935	Neuseeland	188	Ungarn	433
Georgien	937	Niederlande	183	USA	90000
Griechenland	158	Norwegen	428	Vereinigten Arabischen Emirate	35
Irland	7	Österreich	3	Vereinigtes Königreich	9500

Deutscher Kriegsbeitrag

Spätestens mit der Eskalation des Krieges seit 2006 wurde der Afghanistan-Krieg in der deutschen Bevölkerung immer unbeliebter. Gleichzeitig wollte die Bundesregierung ihre Beteiligung an dem Kampfeinsatz ausbauen und vergrößerte aus diesem Grund schrittweise den deutschen Kriegsbeitrag, um die Bevölkerung langsam hieran zu „gewöhnen".

Die wichtigsten Schritte der „Salamitaktik"

2007: Entsendung der Bundeswehr-Tornados: Etwa 50% der Aufklärungsflüge fanden im Süden statt. Auf Grundlage dieser Daten erfolgten Bombardements, bei denen auch immer wieder zahlreiche Zivilisten ums Leben kamen.

Mitte 2008: Übernahme der „Quick Reaction Force" von Norwegen. Die einzige Aufgabe dieser als Feuerwehrtruppe bezeichneten Einheit ist die Aufstandsbekämpfung im Norden (und Westen) Afghanistans, wo der Widerstand inzwischen ebenfalls an Boden gewinnt.

Herbst 2008: Erhöhung des Bundeswehrkontingents von 3500 auf 4500 Soldaten. Erstmalige Verlängerung eines Bundeswehreinsatzes um 14 statt wie bisher üblich um 12 Monate, um das Thema aus dem Bundestagswahlkampf herauszuhalten.

Sommer 2009: Beschluss zur Entsendung von AWACS-Flugzeugen, die als Feuerleitzentrale für den Bodenkrieg fungieren (Deutschland trägt 27% der Kosten und stellt 40% des Personals). Die Flugzeuge wurden letzlich aufgrund diverser Probleme erst im Jahr 2011 entsandt.

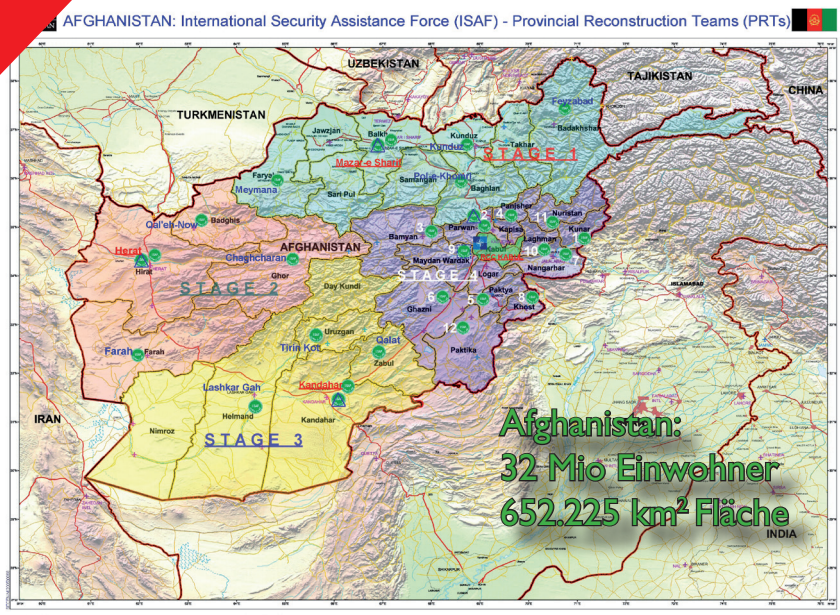
Sommer 2009: Bundeswehr geht in die Offensive. Bei der „Operation Adler" Mitte Juli setzt die Bundeswehr erstmals schweres Gerät ein (Mörser und Schützenpanzer). Im selben Monat wird die „Taschenkarte" geändert, die vorgibt, unter welchen Umständen Bundeswehrsoldaten Gewalt anwenden dürfen. Sie wurde deutlich hin zu offensiverem Vorgehen abgeändert, u.a. sind jetzt Präventivangriffe erlaubt.

Ende 2009: Beim Luftangriff von Kunduz sterben im September 2009 wohl 142 Menschen, darunter auch Kinder. Der hierfür verantwortliche deutsche Oberst Klein wurde nicht angeklagt. Im Dezember 2009 verlängert der Bundestag das Afghanistan-Mandat.

Januar 2010: Die Obergrenze des Bundeswehrkontingents wurde um 850 Soldaten auf 5350 und die Zahl der Polizeiausbilder von 123 auf 200 angehoben. Gleichzeitig stiegen die Kosten des Einsatzes erstmals über 1 Mrd. Euro für 12 Monate. Die tatsächlich anfallenden Beträge sind sogar noch ungleich höher (s.u.).

Frühjahr 2011: Im Januar verlängert der Bundestag das Afghanistan-Mandat um weitere 12 Monate. Im Mai stellt Verteidigungsminister de Maizière klar, auch nach dem vermeintlichen Abzugstermin der Bundeswehr 2014 „werden wir in Form von Ausbildung und anderen Hilfeleistungen wohl auch mit der Bundeswehr in Afghanistan präsent sein"

Dezember 2011: Auf der Petersberg-II-Konferenz in Bonn am 5.12. sollen die Weichen für die künftige westliche Afghanistan-Politik gestellt werden. Die Friedens- und Antikriegsbewegung plant auf vielfältige Weise gegen die Konferenz zu protestieren.



Karte: NATO

Die materiellen Kosten des Afghanistan-Krieges

USA: Offizielle Kriegskosten bis Ende 2011: $440 Mrd.

Deutschland: 2008 fielen für den ISAF-Bundeswehreinsatz 536 Mio. Euro (ursprünglich waren 487 Mio. geplant) an. 2009 waren es ca. 690 Mio. Euro (für 14 statt wie bislang 12 Monate). Für 2010 waren ursprünglich 820,7 Mio. Euro vorgesehen, die Zahl stieg aufgrund der Kontingentserhöhung nun jedoch auf 1,059 Mrd. Euro. Allerdings sind in diesen offiziellen Zahlen zahlreiche versteckte Kosten nicht enthalten. Rechnet man diese mit ein, ergeben sich laut „Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung“ (DIW) jährliche Kosten von 2,5 bis 3 Mrd. Euro. Sollte sich die Bundeswehr 2016 zurückziehen, dürfte sich die Gesamtrechnung des Kriegs nach DIW-Schätzung auf 26,2 bis 46,8 Mrd. Euro belaufen.

Eskalation der Kampfhandlungen

Sicherheitsvorfälle (Zusammenstöße zwischen Widerstand und westlichen Truppen): 2005: 1755; 2006: 3589; 2007: 6000; 2008: 8900; 2009: 11.500; 2010: 19.440; 2011: 30.000 (Schätzung auf Basis des ersten Halbjahrs)

Selbstmordanschläge: 2001-2005: 7; 2005: 9; 2006: 97; 2007: 142; 2008: 148; 2009: 180.

Kämpfe im Norden mit deutscher Beteiligung: 2007: 15; 2008: 42; 2009: 87; 2010: 141; 2011: 31 (Stand: 3.8.2011)

Opfer unter westlichen Soldaten:

USA: 1678
Nicht-US: Großbritannien: 374; Kanada: 157; Deutschland: 53
Gesamt: 2607 (Stand: 31.7.2011)

Opfer unter der afghanischen Zivilbevölkerung

Die diesbzgl. Angaben variieren stark und weisen eine hohe Dunkelziffer auf. Einig sind sich die verschiedenen Berichte, dass die Zahlen massiv nach oben gegangen sind. **Zahlen der UNAMA (UN-Mission in Afghanistan): Zivilopfer 2006: 929; 2007: 1523; 2008: 2118; 2009: 2412; 2010: 2777; 2011: 3250** (Schätzung auf Basis des ersten Halbjahrs).

Flüchtlinge vor NATO-Kampfhandlungen

Laut dem Internal Displacement Monitoring Center (IDMC) sind zwischen 2006 und 2010 730.000 Menschen hauptsächlich als Folge von Kampfeinsätzen der westlichen Truppen vertrieben worden.

„Afghanisierung“ des Krieges:

Zielgrößen der Sicherheitskräfte

Das US-Militär geht davon aus, dass für eine „erfolgreiche“ Befriedung eines Landes wie Afghanistan 20-25 Soldaten auf 1.000 Einwohner erforderlich sind. Das bedeutet bei einer Bevölkerung von etwa 32 Mio. ein Truppenbedarf von 640.000-800.000 Soldaten. Es ist klar, dass trotz der jüngsten massiven Erhöhungen der westlichen Truppen eine solche Zahl bei weitem nicht erreicht werden kann. Deshalb soll durch den drastischen Ausbau der einheimischen Kräfte, diese Deckungslücke geschlossen werden.

Zielgröße der afghanischen Armee: 195.000 (ursprünglich 85.000)

Zielgröße der afghanischen Polizei: 170.000 (ursprünglich 82.000)

Opfer afghanische Armee und Polizei: 2007: 1012; 2008: 1106; 2009: 928; 2010: 1350

Jährliche Kosten der afghanischen Sicherheitskräfte: Ca. 2-3 Mrd. Dollar, also ein Vielfaches des afghanischen Haushalts.

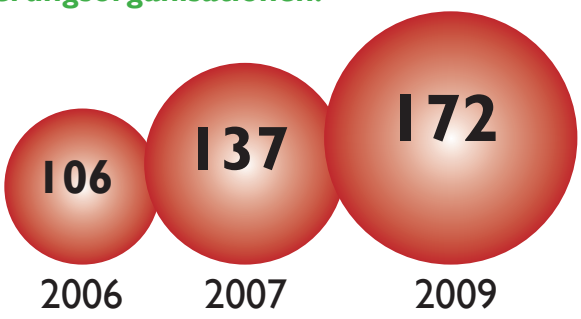
EUPOL Afghanistan: EU baut afghanische Repressionsorgane mit auf

Die Ausbildung der afghanischen Polizei übernimmt inzwischen vor allem die EU-Mission „EUPOL Afghanistan“, die Mitte 2007 gestartet wurde. Bislang umfasst EUPOL Afghanistan ca. 483 Beamte (EU plus lokale)

Afghanistans „Zukunft“: Autoritärer Militärstaat

Die afghanische „Regierung“ ist hoffnungslos korrupt und setzt sich aus zahlreichen Warlords zusammen. Da diesen Machthabern derzeit die Repressionsorgane aufgebaut werden, um gegen den Widerstand vorzugehen, droht Afghanistan eine Zukunft als autoritärer Militärstaat. Dies scheint wohl einkalkuliert zu sein, wie ein Kommentar der taz (13.09.2009) feststellt: „Das Maximum, das der Westen in Afghanistan noch erhoffen kann, ist, einen autoritären Potentaten zu hinterlassen, der getreu dem US-amerikanischen Bonmot ‚Er ist ein Hurensohn, aber er ist unser Hurensohn‘, der die Regierung auf prowestlichem Kurs hält. Sicherheitspolitisch könnte das sogar funktionieren, weil dessen Terror sich dann ‚nur‘ gegen die eigene Bevölkerung und vielleicht noch gegen Nachbarstaaten, nicht aber gegen den Westen richtet.“

Anschläge auf Nicht-regierungsorganisationen:



CIMIC: Effektivierung der Besatzung

Um eine quasi-Kolonie wie Afghanistan effektiv unter Kontrolle zu halten, werden dort im Rahmen der „Zivil-Militärischen Zusammenarbeit“ (Comprehensive Approach) zivile Akteure vom Brunnenbauer über den Verwaltungsexperten bis hin zum Agrotechniker in den Dienst der Besatzung gestellt werden. Der Dachverband deutscher NGO-Entwicklungsorganisationen (VENRO) kritisiert dies scharf: „Das Konzept der ‚Vernetzten Sicherheit‘ – im NATO-Jargon ‚Comprehensive Approach‘ – bedeutet in der Konsequenz, dass die staatliche Entwicklungszusammenarbeit und Aufbauhilfe den militärischen Zielen im Sinne einer ‚Aufstandsbekämpfung‘ untergeordnet ist. [...] Im Extremfall führt dies dazu, dass Hilfsorganisationen von Teilen der Bevölkerung als Parteigänger des Militärs gesehen und von Aufständischen als vermeintlich legitime Angriffsziele eingestuft werden.“

Afghanische Wirtschaft

Afghanistan wurden im Rahmen der Besatzung neoliberale Wirtschaftsreformen verordnet. U.a. die weitgehende Abschaffung von Schutzzöllen, die umfassende Privatisierung von Staatsbetrieben und Steuerbefreiungen für vier bis acht Jahre für investierende westliche Konzerne. Afghanistan sei „eine der offensten Volkswirtschaften überhaupt“, so „Germany Trade and Invest“. Die verordneten Privatisierungen führen darüber hinaus zu Massenentlassungen und tragen damit zur hohen Arbeitslosenquote bei. Laut einer USD-Militärstudie vom Oktober 2009 stehen lediglich 10 Prozent des afghanischen Widerstands den Taliban (oder gar Al-Kaida) nahe. Einer Oxfam-Umfrage vom November 2009 zufolge sehen 70 Prozent der Befragten in Afghanistan Armut und Arbeitslosigkeit als Hauptursache für den andauernden bewaffneten Konflikt in ihrem Land.

Gekommen, um zu bleiben - Nebelkerze Truppenabzug

Um Kosten und (westliche) Kriegsopfer zu verringern, sollen tatsächlich Teile der NATO-Truppen aus Afghanistan abgezogen werden – aber längst nicht alle! Bereits am Rande des NATO-Gipfeltreffens im November 2010 wurde ein Abkommen zwischen Afghanistan und der NATO abgeschlossen, das die langfristige militärische Präsenz von Soldaten des Bündnisses vorsieht. Der britische „Guardian“ meldete Mitte 2011, die USA hätten mit Afghanistan Geheimverhandlungen über die dauerhafte Stationierung von Soldaten und die Errichtung permanenter Basen aufgenommen. Deshalb sei davon auszugehen, dass „US-Truppen noch für Jahrzehnte in dem krisengeschüttelten Land bleiben werden.“ Eine „Restbesatzung“ von mehreren Zehntausend Soldaten soll also auf unbestimmte Zeit verbleiben und dafür sorgen, dass sich die Geschicke des Landes in die „richtige“ Richtung entwickeln.

Quellen:

Die meisten Daten und Hintergrundinformationen sind den verschiedenen IMI-Studien und Analysen zu Afghanistan entnommen, die auf folgender Sonderseite zu finden sind: http://www.imi-online.de/2006.php3?id=1454

Höhe der Entwicklungshilfe

Das Hauptproblem mit der Entwicklungshilfe in Afghanistan ist nicht einmal, dass bislang deutlich weniger ausbezahlt wurde, als ursprünglich zugesagt worden war. Vielmehr wandert ein Großteil der Gelder zurück in die Taschen westlicher Wiederaufbaukonzerne oder wird für sicherheitsrelevante Ausgaben teils sogar zur direkten Unterstützung der Aufstandsbekämpfung zweckentfremdet. So bleibt für humanitäre Ausgaben wenig bis kein Geld mehr übrig.

Zugesagte Gelder 2002-2009: 46 Mrd. Dollar
Ausbezahlte Gelder 2002-2009: 35 Mrd. Dollar

Allerdings gingen davon laut einem Bericht des afghanischen Finanzministeriums allein 19 Mrd. Dollar an Entwicklungshilfe in den Sicherheitssektor!

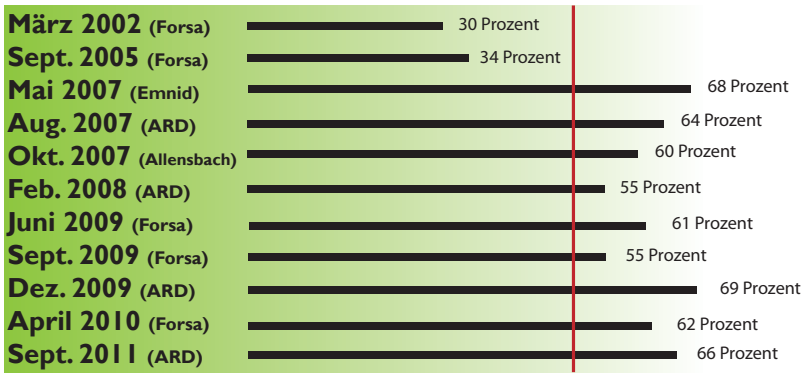
Anteil des Geldes, der direkt in die Taschen westlicher Firmen zurückwandert („gebundene Hilfe“): 40% (laut Oxfam) bis 90% (laut „Center for Strategic and International Studies“).

Soziale Situation

- 40% der Bevölkerung waren 2008 arbeitslos (Schätzung des CIA Fact Book, andere Quellen geben noch höhere Zahlen an)
- 61% der Bevölkerung sind chronisch unterernährt
- Die Lebenserwartung ist auf 43,1 Jahre gesunken
- Die Alphabetisierungsrate (Erwachsene) ist von 28,7% auf 23,5% gefallen
- Lediglich 13% der Afghanen haben gesicherten Zugang zu Trinkwasser

Krieg für Frauenrechte?

Zu den wenigen einigermaßen verlässlichen Indikatoren über den Stand der Frauenrechte zählt die Tatsache, dass die Zahl der Selbstmorde in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist. 20-30 Prozent der Frauen sind opiumabhängig, die Prostitution nimmt zu. Im Juli 2009 warnte ein UN-Bericht vor der „wachsenden Gewalt“ gegen Frauen, insbesondere Vergewaltigungen würden sprunghaft zunehmen.

Ablehnung des Einsatzes!

In Deutschland lehnt die Mehrheit den Afghanistan-Einsatz ab!